



31.07.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der heutigen Ausgabe unseres Newsletters, möchten wir Sie wieder über aktuelle Neuigkeiten aus dem Bayerischen Landtag und unseren Begegnungen im Stimmkreis informieren.

Wir haben für Sie zusammengefasst:

- Kabinettsbeschluss: Mietpreisbremse für Bayern
- CSU Aschaffenburg Stadt: Sommerempfang mit Dr. Edmund Stoiber
- Betreuungsgeld: Bund muss eingeplante Gelder Ländern zuleiten
- Aus dem Plenum: Anträge und Redebeiträge
- Die Woche in Bildern

Ihre Vertreter im Bayerischen Landtag,

Kabinettsbeschluss: Mietpreisbremse für Bayern



Die Staatsregierung hat Mitte Juli in einer Kabinettsitzung in München die Umsetzung der Mietpreisbremse für Bayern beschlossen. "Die Mietpreisbremse gilt ab dem 1. August 2015 in 144 bayerischen Städten und Gemeinden, darunter auch in unserer Stadt Aschaffenburg", so Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback. "Bayern ist damit eines der ersten Länder, das die Mietpreisbremse umsetzt!"

Bei Neuabschluss eines Mietvertrages darf die Miete künftig höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Ausgenommen von der Mietpreisbremse sind Neubauten und die erste Vermietung von Häusern und Wohnungen nach einer umfassenden Modernisierung. Verlangt ein Vermieter eine zu hohe Miete, kann sich der Mieter nun wehren. In Zweifelsfällen ist es sinnvoll, sich zunächst an einen Mieterverein zu wenden oder Rechtsberatung durch einen Anwalt zu suchen.

"Gerade im Interesse der Mieterinnen und Mieter brauchen wir eine Mietpreisbremse, die auf einem rechtssicheren Fundament steht. Deshalb sind wir bei der Umsetzung nicht nur schnell, sondern auch sehr gründlich und sorgfältig vorgegangen", so der Justizminister. Nach den bundesgesetzlichen Vorgaben kann die Mietpreisbremse nur dort eingeführt werden, wo anhand objektiver Fakten belegt ist, dass der Wohnungsmarkt angespannt ist. "Wir haben frühzeitig die erforderlichen statistischen Erhebungen durchführen lassen, um eine stabile Datenbasis für die Mietpreisbremse zu bekommen. Außerdem haben wir die Städte und Gemeinden – als Kenner der örtlichen Wohnungsmärkte – von Anfang an in den Prozess eingebunden."

Bausback betont: "Die Mietpreisbremse ist kein Allheilmittel gegen steigende Mieten. Sie ist aber eine wichtige flankierende Maßnahme, um Auswüchsen am Wohnungsmarkt zu begegnen."

Bild: Fotowerk - Fotolia



Der ehemalige Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber war vergangenen Freitag auf Einladung von Staatsminister Winfried Bausback Ehrengast des Sommerempfangs der CSU Aschaffenburg. Bausback begrüßte Stoiber als nach wie vor gesuchten und geschätzten Ratgeber in Europa: "Europa ist mehr als der Euro, nur dass dies in der aktuellen Krise oft in Vergessenheit gerät.", so Bausback. Vor der Rede Stoibers stellte Judith Gerlach, jüngstes Mitglied des Landtages, kurz Ihre Arbeit in der Grundsatzkommission der CSU vor.

In seiner Rede setzte sich Stoiber mit dem Thema "Europa - unsere Zukunft?!" differenziert auseinander. Hierfür zeichnete er die Entwicklung des heutigen Europa nach. Der Grundgedanke einer Europäischen Union sei für ihn eine Lektion, die immer wieder aufs Neue begriffen werden muss.

Auch auf aktuelle Ereignisse ging Stoiber ein: Die Finanzkrise in Griechenland sei hausgemacht und bereits in den späten 90ern wusste man um die falschen Angaben, mit denen sich das Land in die EWU drängte. Stoiber nahm es seinerzeit zum Anlass im Bundesrat mit der Ablehnung eines griechischen Beitritts zu stimmen. Ein vergebliches Bemühen unter der rot-grünen Regierung.

In seiner Rede betonte Stoiber die Bedeutung Europas für Themen der Zukunft wie Wettbewerbsfähigkeit oder technologische Weiterentwicklung, die nur unter den Bedingungen eines europäischen Mehrebenenföderalismus und einer gemeinsamen EU-Wirtschaftspolitik funktionieren können. Es braucht daher ein noch stärker zusammenwachsendes Europa, das den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist. Somit kann für Stoiber und für uns nur das Fazit sein: "Europa - unsere Zukunft!".

Zum Abschluss dankte Bürgermeisterin Jessica Euler dem Ehrengast, der als begeisterter Fußballfan ein Trikot der SV Viktoria als Dank überreicht bekam.

[Zur Bildergalerie](#)

Betreuungsgeld: Bund muss eingeplante Gelder direkt an die Länder weitergeben!



Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Betreuungsgeld fordert die CSU-Fraktion vom Bund, die ursprünglich eingeplanten finanziellen Mittel für das Betreuungsgeld direkt an die Länder weiterzugeben.

Bayern will das Betreuungsgeld fortführen und damit die Wahlfreiheit für junge Familien auch weiterhin erhalten. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres ist das Betreuungsgeld deutschlandweit über 450.000 Mal bewilligt worden.

[Pressemitteilung zum Thema](#)

[Standpunkt von Fraktionsvize Kerstin Schreyer-Stäblein zum Thema](#)

Bild: Monkey Business – Fotolia

Aus dem Plenum: Anträge und Redebeiträge



Die CSU-Fraktion unterstützt die Pläne der Staatsregierung, zwei Aufnahmezentren für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit zu errichten. Ziel ist ein deutlich beschleunigtes Verfahren und eine zügige Rückführung in die Herkunftsstaaten. Zu diesem Thema haben wir diese Woche auch einen [Dringlichkeitsantrag](#) in den Landtag eingebracht.

Sehen Sie dazu auch die Redebeiträge im Plenum von [CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer](#) und [Ministerpräsident Horst Seehofer](#)

Außerdem möchten wir örtliche Beratungsstellen für Patienten beibehalten und haben dazu ebenfalls einen Antrag eingereicht: [Dringlichkeitsantrag "Unabhängige Patientenberatung beibehalten"](#)

Die Woche in Bildern



Vertreter der Arbeitsgruppe Integration und der Arbeitsgruppe Ehrenamt der CSU-Fraktion begrüßten diese Woche Jugendliche aus dem Projekt "self_starter" der InitiativGruppe e.V. im Bayerischen Landtag und führten gemeinsam eine angeregte Diskussion über die aktuelle politische Lage.

Weitere Impressionen aus unserer Sitzungswoche finden Sie in unserer [Woche in Bildern!](#)